

Einbringung des Haushaltsplanentwurfes 2023

Sehr geehrte Damen und Herren,

nach zwei Jahren ohne genehmigten Haushalt ist es uns gemeinsam gelungen, für 2022 wieder eine Haushaltsgenehmigung zu erlangen.

Die erfolgte Steuererhöhung hat es uns ermöglicht, den Kopf über Wasser zu halten. Bezüglich der Tourismusförderung haben wir es geschafft mit der Übernachtungssteuer eine vernünftige Lösung im Sinne unserer heimischen Betriebe zu finden und ein seit Jahren Streitbares Thema, den Tourismusbeitrag, ad acta zu legen.

Es muss uns jedoch auch bewusst sein, dass dies nur ein Etappenziel war und der vor uns liegende Weg noch viel Kraft kosten und unliebsame Entscheidungen mit sich bringen wird.

Aktuell ergeben sich eine Fülle von Herausforderungen, die es uns nicht einfacher machen, derer wir uns aber bestmöglich stellen werden.

Angefangen von Corona, dem Krieg in der Ukraine mit seinen Folgen der Flüchtlingsunterbringung sowie den steigenden Baukosten und der steigenden Energiepreise. Hinzu kommt der immer mehr um sich

Es gilt das gesprochene Wort

greifende Fachkräftemangel. Auch innerhalb der Verwaltung sind die Folgen des Personalmangels immer deutlicher spürbar. Dieser hat zur Folge, dass bestimmte Dienstleistungen der Verwaltung übergangsweise nicht mehr in gewohnter Form und Qualität angeboten werden können.

Insbesondere möchte ich an die Situation im Einwohnermeldeamt erinnern, wo zwischenzeitlich durch Kündigungen und Erkrankungen keine Mitarbeiter zur Verfügung gestanden haben. Die Folgen sind jedem bekannt und wir haben hierfür inzwischen eine Lösung gefunden.

In diesem Jahr haben uns 15 Mitarbeiter verlassen. 8 Mitarbeiter haben gekündigt, weil sie an anderer Stelle die Möglichkeit bekommen haben, mehr Geld zu verdienen oder weil ihnen bessere Perspektiven aufgezeigt wurden. Diesbezüglich stehen wir im Wettbewerb mit den Oberzentren Göttingen und Kassel sowie deren Landkreisverwaltungen mit denen wir bei entscheidenden Parametern nicht mithalten können sodass uns gute Mitarbeiter, die wir dringend benötigen, leider verlassen. Die Verwaltung schiebt aktuell 11.932 Überstunden vor sich her. Gründe sind u.a. Ausfallzeiten von Kollegen durch Corona-Erkrankungen, Langzeiterkrankungen oder nicht umgehend zu besetzende Stellen

Es gilt das gesprochene Wort

durch den bereits genannten Fachkräftemangel. Hinzu kommen immer weitere Aufgaben, die der Verwaltung von oben auferlegt werden, welche mit dem bestehenden Personal aber nicht umgehend umgesetzt werden können. Die anfallende Arbeit wird durch die vorhandenen Mitarbeiter bestmöglich aufgefangen und führt letztendlich Überstunden. Wir müssen uns für die Zukunft gut überlegen, wie wir qualifiziertes Personal für uns gewinnen und auch langfristig halten können.

Nur mit einer vernünftigen Personalentwicklung, einer entsprechenden Perspektive sowie einer angemessenen Entlohnung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter können wir die Zukunft von Hann. Münden erfolgreich gestalten und einen qualitativ hochwertigen Service für die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt bereitstellen.

Trotz der personell schwierigen Situation werden wir verwaltungsintern die Digitalisierung weiter vorantreiben. Wir haben damit begonnen, dass Leistungen wie Beurkundungen digital beantragt und auch bezahlt werden können. Wir werden ab Januar mit dem digitalen Mängelmelder ein weiteres Instrument anbieten. So

Es gilt das gesprochene Wort

arbeiten wir täglich daran, unsere internen Prozesse zu optimieren und uns zeitgemäß aufzustellen.

Seit Jahren schieben wir einen Investitionsstau vor uns her, welcher aufgrund der Baukostenentwicklung immer dramatischer wird. Aktuell beträgt dieser ca. **28 Mio. €**. Ein Beispiel für die erschreckende Entwicklung ist ein geplanter Anbau in der Grundschule Neumünden, welcher mit **170.000 €** veranschlagt war und der sich aufgrund der aktuellen Entwicklung auf **400.000 €** erhöht und damit mehr als verdoppelt hat. Hier sind wir dabei eine Lösung zu finden, die alle Seiten zufriedenstellen und gleichzeitig weniger kosten soll.

Offensichtlich wird die steigende Kostenentwicklung ebenfalls bei den Ergänzungen unseres Fuhrparks: Hat ein Feuerwehrfahrzeug vor einem Jahr noch rund **450.000 €** gekostet, so beträgt der heutige Preis für das gleiche Modell circa **560.000 €**. In nahezu allen Bereichen sind die Kosten gestiegen.

Um die Stadt langfristig auf finanziell sichere Beine zu stellen, sind intensive Prüfungen zu Einsparmöglichkeiten von Nöten. Aktuell betreiben wir zusammen mit dem Landkreis Göttingen umfangreiche Beteiligungs- und Produktanalysen. Die Beteiligungsanalyse haben

Es gilt das gesprochene Wort

wir mittlerweile abgeschlossen und der Bericht dazu wurde heute bereits vorgelegt. Die Ergebnisse werden wir mit den Ratsmitgliedern entsprechend diskutieren und die notwendigen Änderungen herbeiführen. Was die Produktanalyse betrifft, so befinden wir uns aktuell mittendrin. Diese wird auf drei Jahre aufgeteilt, damit 41 Produkte der Stadt vollumfänglich analysiert werden können. Hierbei gilt es, sämtliche Prozesse dieser Produkte bzw. Dienstleistungen auf Effizienzsteigerung und der Kostensenkung zu durchleuchten. Diesbezüglich gilt mein Dank sämtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die sich trotz zusätzlicher Belastung hervorragend einbringen und diese Maßnahme entsprechend mittragen.

Ich habe im vergangenen Jahr gesagt, ein „weiter so“ kann und ein „weiter so“ darf es nicht geben. Bisher kann ich sagen, dass wir trotz der genannten Herausforderungen auf einem guten Weg sind. Die Verwaltung unternimmt alle Anstrengungen, um noch besser, noch bürgerfreundlicher, noch effizienter zu werden. Und auch die Arbeit und der Austausch mit den Ratsmitgliedern funktioniert trotz unterschiedlichster Interessenlagen zielorientiert.

Wir alle müssen uns weiter unserer Verantwortung für die Stadt bewusst sein. Weiterhin werde ich nicht müde, auf allen Ebenen auf

Es gilt das gesprochene Wort

unsere besondere Situation hinzuweisen, damit wir die Möglichkeit bekommen uns zu entschulden, ohne dass wir uns unserer kompletten Infrastruktur entledigen müssen.

Es gab Gespräche mit Ministerpräsident Stephan Weil sowie dem Innenministerium und auch mit dem Amt für regionale Landesentwicklung. Leider findet unsere besondere Situation schon seit langem keine Berücksichtigung und es wird immer wieder auf unsere Steuerkraft hingewiesen. Sie ist seit jeher immer ein Totschlagargument, weshalb wir weder in ein Entschuldungsprogramm gekommen sind, noch irgendwelche Bedarfszuweisungen erhalten haben. Mit anderen Worten: die Altlasten der Vergangenheit, wie zum Beispiel das ehemalige Westzellgelände oder auch die Expo-Begleitprojekte, wirken bis in die Gegenwart und haben dazu beigetragen, dass wir heute nicht in der Lage sind unseren Schuldenberg abzutragen.

Bei denen in den bevorstehenden Jahren von uns zu treffenden Entscheidungen wird es hauptsächlich darum gehen, was wir uns überhaupt auf Dauer leisten können. Und ich gebe zu bedenken: Für alles, was wir mehr wollen, müssen wir auch mehr ausgeben und stehen damit in einem Zielkonflikt bezüglich eines ausgeglichenen

Es gilt das gesprochene Wort

Haushalts. Es gilt also weiterhin Entscheidungen zu treffen, die uns allen in vielen Bereichen wehtun werden, die aber zwingend notwendig sind, wenn wir uns wieder auf einem gesunden und ausgeglichenen Haushaltsniveau bewegen möchten. Dafür müssen wir ALLE an einem Strang ziehen.

Wir sind gezwungen Einsparungen vorzunehmen und stehen vor dem Problem, einerseits den Haushalt konsolidieren zu müssen sowie andererseits Investitionen auf den Weg zu bringen, um die Zukunft von Hann. Münden zu sichern. Viele der Ausgaben in der kommunalen Haushaltsstruktur resultieren aus übertragenen Pflichtaufgaben, und das Einsparpotenzial ist nach wie vor begrenzt.

Hinsichtlich übertragener Auftragsangelegenheiten durch Bund und Land fehlen uns allein im Sinne der Konnexität jährlich mehrere Millionen Euro. Geld, das uns nicht erstattet wird, obwohl wir Bundes- und Landesaufgaben erfüllen. Diese Unterfinanzierung hat fatale Folgen. Unter den Zwängen von Sparhaushalten und Haushaltssicherung sehen sich viele Städte und Gemeinden seit Jahren dazu gezwungen, ihre Investitionen in Infrastruktur und Lebensqualität zurückzufahren. Man lebt von der Substanz. Wenn eine Übereinstimmung von Aufgaben- und Finanzverantwortung

Es gilt das gesprochene Wort

durch Bund und Land hergestellt werden würde, könnte die Zukunft der Kommunen als gesichert betrachtet werden.

Das einprägsamste Beispiel ist und bleibt die Aufgabe der Betreuung von Kindern in Kindertagesstätten, die die Stadt Hann. Münden aufgrund einer mit dem Landkreis Göttingen getroffenen Vereinbarung übernommen hat und zu jährliche Kosten von etwa 6,5 Mio. Euro führt. Der Landkreis selbst, der diese kostenintensive Aufgabe auf die Kommunen überträgt, übernimmt in 2023 lediglich eine Einmalzahlung in Höhe von 1,7 Mio. Euro sowie eine Zahlung in den Folgejahren in Höhe von je 800.000 Euro.

Es kann nicht sein, dass wir uns mit dem Landkreis über originäre Aufgaben von Land und Bund und die daraus resultierenden Kosten streiten müssen. Diese Problematik muss von uns allen permanent an die entsprechenden Stellen herangetragen werden.

Zu einer generationengerechten Kommunalpolitik gehört es nicht nur, den nachfolgenden Generationen keinen Schuldenberg zu hinterlassen, sondern auch, ihnen eine lebenswerte Stadt und eine funktionsfähige Infrastruktur aufzubauen. Deshalb fordern Städte und Gemeinden seit Jahren eine Lösung für die strukturelle Unterfinanzierung der Kommunen. Ein wesentlicher Schritt dazu wäre

Es gilt das gesprochene Wort

die Einhaltung des Konnexitäts-Prinzips sowie die Lösung der Altschuldenproblematik.

Die Kommunen gestalten das Leben für die Menschen vor Ort. Sie sind der Grundpfeiler unserer Demokratie. Zu den bereits genannten Herausforderungen kommen weitere Thematiken wie der Klimawandel, die Digitalisierung, der demografische Wandel sowie die gesellschaftliche Polarisierung.

Wir vor Ort müssen diesen Herausforderungen entschlossen und nachhaltig begegnen, dies gelingt uns allerdings nur mit einer auskömmlichen Finanzausstattung und dem entsprechenden Personal.

Die heutige Einbringung des Haushaltsplanentwurfs erfolgt unter einer weiterhin extrem angespannten Haushaltslage der Stadt.

Und damit bin ich beim Kern der heutigen Rede angekommen, bei den Eckdaten des Haushaltsentwurfs für 2023. Der Haushaltsplan, dessen Zahlenwerk ihnen vorliegt, rechnet mit Erträgen in Höhe von **50.645.200 Mio. Euro** und plant Aufwendungen in Höhe von **50.614.600 Mio. Euro**. Somit weist der Haushaltsplanentwurf 2023 im Ergebnishaushalt einen zu erwartenden Überschuss in Höhe von **30.600 Euro** aus.

ABER!

Die finanzielle Lage der Stadt ist weiterhin dramatisch und auch die Entwicklung der mittelfristigen Finanzplanung lässt erwarten, dass die auflaufenden Fehlbeträge auf längere Sicht weiter zunehmen werden.

Nur unter äußersten Anstrengungen ist es gelungen einen ausgeglichenen Haushalt aufzustellen. Die Risiken, dass durch äußere nicht kalkulierbare Faktoren das Ergebnis negativ beeinflusst wird sind hoch.

Bei geplanten Investitionen in Höhe von **8,2 Mio. Euro** kann die Stadt an Finanzierungsmitteln - bei eigenen Finanzmitteln in Höhe von rd. **262.600 Euro** - insgesamt eine Summe von rund **2,3 Mio. Euro** aufbringen. Somit ist eine Kreditaufnahme von **5,8 Mio. Euro** zu veranschlagen, um die Auszahlungen für die beabsichtigten Investitionstätigkeiten zu finanzieren, was wiederum zu einer Nettoneuverschuldung von **4,3 Mio. Euro** führt.

Eine Nettoneuverschuldung ist unvermeidlich, um die dringend notwendigen Maßnahmen finanzieren zu können, da gewisse Maßnahmen unabdingbar sind, um die Lebensbedingungen unserer Stadt weiterhin auf einem akzeptablen Niveau zu halten.

Der Finanzhaushalt weist als Saldo der laufenden Verwaltungstätigkeit ein Überschuss in Höhe von rund **2,2 Mio. Euro** aus. Somit können im Jahr 2023 erfreulicherweise die Tilgungen langfristiger Kredite aus dem zuvor genannten Überschuss bedient werden.

Die Situation stellt sich in den Folgejahren – vor allem im Jahr 2024 allerdings als bedrohlich dar. Hier führen die veranschlagten Investitionen dazu, dass es in diesen Jahren zu weiteren noch höheren Nettoneuverschuldungen kommen wird. Hintergrund hierfür ist die Veranschlagung der Tiefbaumaßnahme „Ausbau des Philosophenweges“ zu Lasten der Jahre 2023 bis 2025, die in ihrer Gesamtheit Kosten von über **7,7 Mio. Euro** verursachen wird. Die langfristige Verschuldung der Stadt Hann. Münden steigt damit unausweichlich weiter an. Misslich ist, dass auch in diesen Jahren teilweise der Tilgungsdienst der langfristigen Kredite nur durch die Inanspruchnahme von Liquiditätskrediten bedient werden kann.

Hervorheben möchte ich die trotz aller Widrigkeiten positive Entwicklung der Gewerbesteuer. In Anlehnung an die Einnahmenseite dieses Jahres sowie der Steuerschätzungen gehen

Es gilt das gesprochene Wort

wir von ca. **13 Mio. Euro aus** – und das trotz Pandemie, Energiekrise und Inflation.

Die von der Stadtverwaltung mehr oder weniger zu beeinflussenden Bereiche sind insbesondere die Personalaufwendungen mit rund **14,2 Mio. Euro** sowie die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen mit rund **6,2 Mio. Euro**. Hinzu kommt die Kreisumlage in Höhe von **16,2 Mio. Euro** sowie **1 Mio. Euro** Gewerbesteuerumlage und natürlich die Kosten für unsere KiTas die 2023 - durch den genannten Zuschuss des Landkreises - mit rund **4,8 Mio. Euro** zu Buche schlagen. Allein die soeben von mir genannten fünf Positionen beanspruchen zusammen etwa **84 %** der Gesamtaufwendungen des Haushalts.

Liebe Ratsmitglieder, das Zahlenwerk des Haushaltsplanentwurfes liegt Ihnen heute somit vor.

Wir alle sind in den nun folgenden Haushaltsberatungen gemeinsam gefordert, richtungsweisende, vor allem aber notwendige politische Entscheidungen parteiübergreifend im Sinne aller Mündener Bürgerinnen und Bürger zu treffen. Wir stehen nun in der Verantwortung, im Sinne der Stadt, vor allem aber im Sinne der zukünftigen Generationen zu handeln.

Grundsätzlich gibt es nur zwei Möglichkeiten bzw. eine Kombination, um die Finanzlage der Stadt zu verbessern. Einerseits dadurch, die Aufwendungen zu senken und andererseits die Erträge zu erhöhen.

Unser Ziel muss es sein, einen genehmigungsfähigen Haushalt zu beschließen, um ein haushaltsloses Jahr mit den dazugehörigen negativen Auswirkungen für unsere Stadt zu verhindern.

Verwaltungsseitig sind wir gefordert, an einem transparenten und praktikablen System zur Prioritätensetzung und Steuerung von Finanzmitteln und Investitionen zu arbeiten. Am Ende müssen die im Haushalt dargelegten Projekte und Investitionen immer das Ergebnis einer gemeinsam formulierten Politik sein. Wie im vergangenen Jahr wird es auch diesmal wieder eine gemeinsame Haushaltsberatung von Rat und Verwaltung geben, damit die anstehenden Maßnahmen ausgiebig gemeinschaftlich abgewogen werden können.

Es gilt das gesprochene Wort

An dieser Stelle möchte ich mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Bereich Finanzen und ganz besonders bei Anke Wilhelm und Milena Bette für die tatkräftige Unterstützung zur Aufstellung des Haushaltsplanentwurfs bedanken und schließe mit folgendem passendem Satz!

„Die Kunst bei der Haushaltsaufstellung ist es, aus dem was fachlich geboten ist, dem was politisch gewünscht ist und dem was rechtlich möglich ist, einen genehmigungsfähigen Haushalt zu machen.“

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Tobias Dannenberg

Bürgermeister